

# VERTRAULICHE MITTEILUNGEN®

## AUS POLITIK, WIRTSCHAFT UND GELDDANLAGE

REDAKTION/ABONNEMENTVERWALTUNG • D-78266 BÜSINGEN • TELEFON (0 77 34) 60 61 • TELEFAX (0 77 34) 71 12  
BUCHVERSAND • D-27315 HOYA / POSTFACH 1251 • TELEFON (0 42 51) 5 61 • TELEFAX (0 42 51) 30 70

Verlässlich und kompetent seit 1951

### 1 **Sehr geehrte Damen und Herren,**

die zugegebenermaßen hausgemachte Gaskrise in Europa nimmt immer absurdere Formen an. Bevor – auf Befehl der USA – die Genehmigung für die North Stream 2-Pipeline verhindert wurde, deckte sich Polen sowohl aus russischen Lieferungen als auch zum Teil mit Gas aus deutschen Gasspeichern ein. Damit fehlen wegen der Hilfsbereitschaft Deutschlands gegenüber Polen nun entscheidende Erdgas-Mengen für den eigenen Bedarf im Winter. Denn ohne die „zweite Röhre“ aus Russland besteht nun ein Engpass, der es für Deutschland und seine Industrie überlebensnotwendig macht, rechtzeitig durch Auffüllen hier vorhandener Gasspeicher den Mehrverbrauch im Winter abdecken zu können.

Unsere „lieben Freunde“ aus den USA und Frankreich scheinen aber ein gesteigertes Interesse daran zu haben, daß Deutschland ohne ihre Zustimmung nicht energiesicher sein soll. Nur so lässt sich erklären, daß die in die westlichen Netzwerke eng verflochtene Partei der Grünen bereits seit den 1980er Jahren Deutschlands Energiesicherheit zu sabotieren versucht. Nach der deutschen Erfindung eines weitgehend unfallfreien Reaktortyps in Jülich verhinderten die Grünen mit ihren transatlantischen Partnern jegliche Neubauten dieser technologisch führenden Kernkraftwerke und bescherten den Wettbewerbern aus USA (General Electric) und Frankreich (Alstom) 40 weitere lukrative Jahre für den Verkauf und Bau ihrer veralteten Kernkraftwerke weltweit.

Milliarden Subventionen an grüne Parteifreunde brachten zwar diesen persönlich, aber weder „SolarWorld“ noch der deutschen Solarindustrie überhaupt den gewünschten Weltmarktvorsprung. Die Solartechnik musste den Chinesen überlassen werden, weil von den Grünen und ihren sozialistischen Partnern im Parlament sukzessive zu schwerwiegende Standortnachteile für Deutschland errichtet wurden. Und auch bei den unbedingt erforderlichen „Ausgleichswasserkraftwerken“ (sogenannte Pumpspeicherkraftwerke) zur Stabilisierung des Stromnetzes und zur Speicherung nennenswerter Energiekapazitäten wurden erhebliche Kapazitäten ins Ausland verkauft und/oder stillgelegt.

Jetzt lösen die Grünen ihr Versprechen von vor fast 10 Jahren ein, die Handels- und Energiebeziehungen zu Russland endgültig zu beenden. Schon 2016 verkündete Robert Habeck (Grüne) bei seiner Wahl zum Parteivorsitzenden, daß er diese Ziele umsetzen werden. Genau dieses Wahlversprechen und seine zerstörerischen Folgen bekommen wir jetzt zu spüren. Es ist die Bundesregierung in Kooperation mit der US-hörigen Europäischen Union (EU), die über Sanktionen, künstliche Preiserhöhungen z.B. für Gas und Lieferkettenunterbrechungen die Energiekrise absichtlich und bewusst herbeiführte. So ist es die Bundesregierung, die mit ihren europäischen Mittägern dafür sorgte, daß langfristige Lieferverträge mit langfristigen Gleitpreisbindungen abgeschafft und damit die Gaspreis-Explosion überhaupt erst ermöglicht wurde. Dieselben „Täter“ verhinderten multiple Versorgungsinfrastrukturen für Energie sowie vorbeugende vertragliche Absicherungen. Schlimmer noch: das NATO-Grenzland Polen bekam nicht nur die meisten europäischen Subventionen, sondern zusätzlich auch eine weitgehende Energie- und Gassicherheit, weitgehend auf Kosten deutscher Kapazitäten.

Doch statt daß Polen eine gewisse Dankbarkeit zeigt, kommt es nun ganz anders. Die deutsche Bitte, im Rahmen europäischer Solidarität im Notfall auch das Gas zu teilen, wurde von Warschau mit milliardenschwerer Erpressung beantwortet. Polen will ungerechtfertigt milliardenhohe Reparationszahlungen zusätzlich zu den hunderten Milliarden Euro-Subventionen aus deutschen Steuermitteln erhalten, wenn es im Gegenzug den „Energiesaboteuren“ in Berlin bei ihrem hausgemachten Energieengpass helfen soll (vgl. auch „Vertrauliche“ vom 2.8.2022, Tz. 4). Daß ein gewisser Teil dieser polnischen Reserven aus deutschen Gasspeichern stammt, wird selbstverständlich verschwiegen.

So ist sie also, die europäische Solidarität. Solange Deutschland und seine Sparer ausgeplündert werden können, hält man eng zusammen, sobald etwas zurückgegeben werden soll, ist die europäische Solidarität vorbei. Dabei ist auch der polnischen Regierung ein großer Anteil an der heutigen Energiekrise zuzurechnen. Schließlich setzte sie sich bei den amerikanischen „Freunden“ dafür ein, daß eine Verbesserung der Energieversorgungssicherheit Deutschlands durch die Inbetriebnahme von North Stream 2 verhindert wurde. So hat sich Deutschland außerhalb seiner Grenzen mit seiner wohl „dümmsten Energiepolitik“ zum Gespött der ganzen Welt gemacht. (eh)

### 2 **Erleichterte „Diplomaten-Tests“**

Unter Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) hat das Auswärtige Amt das Auswahlverfahren für den diplomatischen Dienst deutlich vereinfacht. In Zukunft entfallen sowohl der psychologische Test (den angeblich überdurchschnittlich viele weibliche Kandidaten nicht bestanden) als auch ein Allgemeines Wissenstest. Der CSU-Außenexperte Florian Hahn sieht darin die ersten Schritte für einen „ideologischen Umbau des Auswärtigen Amtes“ und andere sehen darin die Gefahr einer „grünen Vetternwirtschaft“. (tb)

### 3 Taiwan-Frage birgt unterschätzte Risiken

Nancy Pelosi gehört der Demokratischen Partei an und ist Vorsitzende des US-Repräsentantenhauses. Sie ist damit die protokollarisch dritthöchste US-Amerikanerin. Als nun erwogen wurde, Pelosi anlässlich einer Fernostreise auch die Inselrepublik Taiwan besuchen zu lassen, ging Chinas Staats- und Parteichef Xi Jinping im Telefongespräch mit US-Präsident Joe Biden weit über die üblichen diplomatischen Gepflogenheiten hinaus. Er warnte Biden ganz unverblümt, daß ein Taiwan-Besuch Pelosis ein „Spiel mit dem Feuer“ sei, das im Extremfall sogar zu einer militärischen Reaktion Chinas führen könnte. Pelosi reiste trotzdem, Biden soll dies nicht unbedingt befürwortet haben.

Tatsächlich hat sich bezüglich der von China beanspruchten Insel Taiwan über viele Jahre hinweg ein fragiler Status quo ergeben, der von etlichen Beobachtern zwar als „unbefriedigend“ eingestuft wird, aber bis jetzt eine militärische Konfrontation erfolgreich verhindert hat. Dabei verlangt die Volksrepublik China – stark vereinfacht dargestellt – von allen Staaten, die mit Peking offizielle diplomatische Beziehungen unterhalten wollen, diese nicht gleichzeitig auch mit Taiwan zu unterhalten. Dies gilt auch für die USA und in Washington hatte man sich in den letzten Jahren mit diesem von Peking aufgebauten Erfordernis und der damit virtuell gezogenen roten Linie längst arrangiert.

Jedes Überschreiten dieser roten Linie gefährdet das fragile Gleichgewicht, das auf diese Weise im Taiwan-Konflikt geschaffen wurde. Hierzu zählt auch die offizielle Taiwan-Reise der dritthöchsten Amerikanerin. Es bleibt die Frage, ob China mittelfristig wirklich militärisch („Spiel mit dem Feuer“) reagieren wird. Auszuschließen ist dies natürlich nicht, doch rein rational betrachtet würde es für Peking aktuell nur wenig Sinn machen. Man hat in China zurzeit schließlich ganz andere Sorgen: Die Wirtschaft wächst nicht mehr wie gewünscht, die öffentlichen Haushalte sind angespannt und nicht wenige Militärexperten bezweifeln, daß China zurzeit wirklich in der Lage wäre, eine komplexe militärische Auseinandersetzung über viele Monate hinweg durchzustehen.

Doch China unter Xi handelt (zumindest aus westlicher Sicht) schon seit einiger Zeit nicht mehr rational, sondern ideologiegetrieben. Hierunter fällt auch der unbändige Wunsch, China und Taiwan „wiederzuvereinigen“, wie es in Peking immer wieder heißt. Und manche China-Kenner geben auch zu bedenken, daß unter Xi diejenigen politischen Kräfte an Statur gewannen, die nicht nur bezüglich der Taiwan-Frage vor keinem Krieg zurückschrecken würden.

Der Nutzen der Pelosi-Reise nach Taiwan war dagegen eher gering einzustufen. Jedenfalls als sehr viel geringer als die möglichen Folgen einer Eskalation des Taiwan-Konfliktes. Dies gilt auch für Deutschland, dessen Wirtschaft in vielen Bereichen eng mit der der Volksrepublik China verflochten ist – von der Abhängigkeit von taiwanesischen Zulieferern (Chip-Industrie) ganz zu schweigen. Wie schon bei den wegen des Ukrainekrieges ausgesprochenen Russland-Sanktionen dürfte auch im „Taiwan-Fall“ Deutschland zu den Hauptleidtragenden zählen. Ganz gleich, ob diese Schwächung Deutschlands bewußt herbeigeführt werden soll oder ob es sich bloß um einen „Kollateralschaden“ handelt . . . (tb)

### 4 Mehrheit der Amerikaner misstraut den Mainstream-Medien

Einer aktuellen Gallup-Umfrage zufolge (größtes Meinungsforschungsinstitut in den USA) misstraut die überwältigende Mehrheit der Amerikaner (mehr als vier Fünftel) den Zeitungen und anderen Printmedien des sogenannten „Mainstream“. Dies ist der höchste Stand seit 1973. Und sogar neun von zehn Amerikanern misstrauen den Mainstream-TV-Sendern. Diese werden von einer überwältigenden Mehrheit nur noch als Verbreiter von Propaganda und Falschnachrichten („Fake News“) verstanden.

Dabei gibt es allerdings Unterschiede zwischen den Sympathisanten der beiden großen Parteien. So ist die Naivität unter Demokraten (Sozialisten) am größten. Zwar misstrauen auch dort 65 % den Zeitungen, allerdings sind es bei den republikanischen (konservativen) Sympathisanten ca. 95 %. Bei den TV-Medien ist das Verhältnis etwas näher. Hier hegen zwischen 80 % (Demokraten) und 92 % (Republikaner) starkes Mißtrauen. Und selbst unter den Demokraten kollabierte inzwischen das Vertrauen in das (demokratische) Biden-Regime – es sank von 69 % auf 51 %. Als politisch neutral eingestufte Wähler vertrauen Biden nur noch zu 18 % und republikanische Wähler nur zu 2 %. Für die europäischen Staaten sind entsprechende Untersuchungsergebnisse noch nicht bekannt geworden. Es wäre interessant zu erfahren, ob die Ablehnungsquoten dort ähnlich hoch ausfallen würden. (eh)

### 5 Ukrainekrieg: Hoffen auf Friedensverhandlungen

Kein halbwegs vernünftiger Mensch wird sich angesichts des Ukrainekrieges gegen den Versuch von Friedensverhandlungen stellen. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verstieg sich dabei sogar zu der Aussage, daß jeder Krieg „am Ende am Verhandlungstisch beendet“ werde. Diese Aussage war zwar historischer Blödsinn – siehe Zweiter Weltkrieg –, kam in einer Bevölkerungsmehrheit aber gut an.

Man muß kein Prophet sein um zu vermuten, daß der politische Druck, endlich „mit Putin zu verhandeln“ mit den im Herbst sinkenden Temperaturen und dem damit steigenden Gasbedarf ebenfalls deutlich zunehmen dürfte. Dann wird wieder gelten: „Erst kommt das Gas, dann die Moral und (in diesem Fall) dann die Ukraine.“

Dabei könnten sich aber noch zwei „kleine“ Probleme ergeben: Erstens braucht man für Verhandlungen stets ein Gegenüber, der das auch möchte. Und bevor man die Verhandlungen aufnimmt, sollte man sich zweitens darüber klar werden, worüber man verhandeln möchte und mit welchem Wunschergebnis. Ein Blick auf die russische Seite sorgt dabei zumindest gegenwärtig für Ernüchterung: Fasst man diverse Äußerungen von Präsident Wladimir Putin und Außenminister Sergej Lawrow sinngemäß zusammen, ist man in Moskau derzeit kaum an Verhandlungen interessiert und die Ukraine – oder zumindest deren gegenwärtige Führung – sollten am liebsten von der politischen Landkarte verschwinden.

Gleichwohl besteht doch eine Chance, daß es im Herbst zu ersten ernsthaften Verhandlungsgesprächen kommen könnte, wenn z.B. in der russischen Armee die von manchen Beobachtern schon jetzt beschriebenen Zermüblingserscheinungen immer deutlicher zutage treten sollten. Und – auch dies mag ein kleines Hoffnungszeichen sein – den kürzlichen New Yorker Gesprächen zur Begrenzung der Atomrüstung verweigerte sich die russische Seite nicht. Den westlichen Regierungen und Bürgern bleibt derweil leider nur, sich gleichzeitig auf einen „schweren Winter“ vorzubereiten und darüber die Hoffnung auf eine bessere Lösung nicht aufzugeben! (tb)

## 6 Scholz will Vetomöglichkeit für nationale Kernbereiche in der EU abschaffen

Eine wichtige Grundlage der EU-Verträge war, daß die nationalen Souveränitäten zumindest in Kernbereichen gewahrt bleiben. Schon früh war aber erkennbar, daß diese Idee im Sinne des Europas des französischen Ex-Präsidenten Charles de Gaulle („Europa der Vaterländer“) sukzessive hintertrieben werden sollte. Ziel war und ist es nun, die EU zu einem diktatorähnlichen Superstaat zu transformieren, in dessen „Rätediktatur“ die nationalen Demokratien weitgehend ausgehebelt und die Mitsprachemöglichkeiten der Bürger bis zur Unkenntlichkeit „zurückgeschraubt“ werden sollen.

Dagegen sprechen noch bestehende vertragliche Regelungen, mit denen die demokratischen Mitbestimmungsmöglichkeiten für einzelne Bevölkerungsgruppen oder Staaten sichergestellt werden sollten. Hier zu nennen ist insbesondere das Erfordernis der Einstimmigkeit bei der Einführung neuer Regeln, die Kernbereiche nationaler Souveränität berühren. Dies ist eigentlich noch immer die Grundlage aller europäischen Verträge. Es betrifft zum Beispiel die Frage, mit welchen Ländern einzelne nationale Staaten Beziehungen aufrechterhalten dürfen (nationale Außenpolitik), Fragen der nationalen Sicherheit im Inneren und nach außen, um möglichen europäischen Diktatoren ein europaweites Gewaltmonopol schon im Vorfeld zu verwehren sowie das nationale Abgabenrecht als „Königsrecht“ jedes auch nur ansatzweise souveränen Staates. In alle diese Kernbereiche hat die EU-Kommission unter dem Vorwand angeblicher europäischer Harmonisierung aber bereits massiv eingegriffen.

Gescheitert ist das Brüsseler „Regime“ bisher an einzelnen Mitgliedsländern vor allem dann, wenn es um Fragen einer „gesellschaftlichen Neuordnung“ ging. Polen, Ungarn und weitere, überwiegend osteuropäische Mitglieder wollten z.B. den von der EU geforderten „Bevölkerungsaustausch“ von denjenigen, „die schon länger hier sind“ hin zu jenen, „die noch nicht so lange hier sind“, nicht mitmachen. Insbesondere die Regierungen Ungarns und Polens lehnten im Sinne der nationalen Verantwortung gegenüber ihren Bürgern den dazu geforderten „Verteilungsschlüssel“ für „Neusiedler“ aus anderen Teilen der Welt ab. Es geht dabei vor allem um Menschen, die u.a. von der früheren Bundeskanzlerin Angela Merkel im Sinne des von den Vereinten Nationen verfochtenen „Compact for Migration“ über das „Asylticket“ nach Europa geholt wurden.

Neuerdings geht es um die Umverteilung im europäischen Sinne sowie die Außenpolitik. Die nicht von den Bürgern gewählte EU-Kommission will damit die Übernahme der alleinigen Entscheidungsgewalt über die letzten Kernbereiche nationaler Souveränität einleiten. Der über den Steuerskandal der Warburg Bank in Hamburg in die Kritik geratene deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) will seine in der EU-Kommission sitzenden Partner des „Young Global Fellow Leader“-Programms des WEF-Gründers Klaus Schwab dabei unterstützen, die letzten Reste nationaler Souveränität abzuschaffen. Dies wäre der Fall, wenn statt des Einstimmigkeits-Erfordernisses in den verbliebenen Restkompetenzen nun generell das Mehrheitsprinzip in allen Belangen Europas gelten soll, womit selbst große Staaten leicht übergangen und unterdrückt werden könnten. Dies käme allerdings einem Fortfall der Geschäftsgrundlage der bestehenden europäischen Verträge gleich.

Mit seinem Vorstoß, die Einstimmigkeit und damit das Veto-Recht einzelner Nationalstaaten abzuschaffen, möchte Scholz die verbliebenen Reste demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten der Bürger in Europa endgültig beseitigen. Es dürfte kein Zufall sein, daß dies gerade jetzt, vor der politisch bewusst und absichtlich herbeigeführten Wirtschaftskrise (im Sinne des Great Reset von Klaus Schwab und seinen „Jüngern“) umgesetzt werden soll. Denn zu sehr fürchtet man in Europa den Zorn der Bürger gegen diese Sabotagepolitik und der daraus resultierenden sozialen Verelendung. Dabei kann man schließlich keine Mitbestimmung der Bürger mehr gebrauchen. (eh)

## 7 Merks Maßstäbe

Bereits im Februar 2018 rechnete Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger (CSU) in einem offenen Brief ehrlich und hart mit der von Bundeskanzlerin Angela Merkel betriebenen Politik ab. Er bilanzierte vor bereits mehr als vier Jahren unter anderem wie folgt:

- „1) Ihr überfallartiger, weltweit einzigartiger Ausstieg aus der Kernenergie war eine totale Kehrtwende zur bisherigen Unionspolitik, führt zu Folgekosten in Billionenhöhe und zu massiven Schäden für den Standort Deutschland, für Verbraucher und Arbeitnehmer, für Natur und Umwelt.
- 2) Ihr Ausstieg aus der Wehrpflichtpraxis bedeutet letztlich den Anfang vom Ende der Parlamentsarmee. Die massive Unterfinanzierung der Bundeswehr während ihrer Amtszeit beschädigt in nie gekanntem Ausmaß die Einsatzfähigkeit der Bundeswehr und die sicherheitspolitische Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland.
- 3) Ihre Europa- und Europolitik verletzte vielfach europäisches Recht und europäische Verträge und führte zur Verschuldung Deutschlands und zu Targetverpflichtungen in Höhe unzähliger Milliarden.  
...
- 5) Die ohne Abstimmung mit den Nachbarstaaten durchgeführte grenzenlose, unkontrollierte, unregistrierte illegale Masseneinwanderung war hunderttausendfacher Rechts- und Verfassungsbruch ohne Parlamentsbeteiligung mit unabsehbaren Schäden für die, ‚die schon länger hier sind‘ (so Merkel): die Deutschen.  
...
- 10) Richtschnur ihres Handelns waren für Frau Merkel nicht die geistesgeschichtlichen und wertorientierten Grundlagen und Programme, Strategien und Zukunftskonzepte von CDU und CSU, wie sie unter Adenauer, Kohl und Strauß maßgebend waren, zu großen Wahlerfolgen führten und ein stabiles Parteiensystem ermöglichten. . . . Deutschland, deutsche Interessen, das deutsche Volk, deutscher Nationalstaat und Nationalbewusstsein sind für Frau Merkel keine Maßstäbe. Ihre Maßstäbe waren und sind vielmehr das Wohlwollen der linken, medialen, insbesondere der einseitigen rot-grünen öffentlich-rechtlichen Meinungs- und Manipulationskartelle . . . .“

Soweit Carl-Dieter Spranger, dessen Analyse aktueller denn je ist. Denn es geht hier – und das sei in aller Deutlichkeit gesagt – nicht darum, einer inzwischen abgelösten Politikerin „nachzutreten“. Es geht vielmehr darum, die während Merks Agide begangenen Fehler nicht in „Vergessenheit“ geraten zu lassen, damit zu einem späteren Zeitpunkt das Handeln einer dann vielleicht wieder unionsgeführten Regierung daran gemessen werden kann. (tb)

## 8 „Zinswende“ in Europa

Seit rund einem Jahrzehnt warteten die europäischen Banken auf die Zinswende, auf ein Ende der Nullzins- oder gar Negativzinspolitik. Nun hat eine gewissermaßen entlaufende Geldentwertungsrates diese Wende sozusagen erzwungen und mit weiter steigenden Zinssätzen bleibt zu rechnen. Für die Ertragslage der Banken ist dies eine prinzipiell gute Nachricht. Denn steigende Zinsen führen im Regelfall auch zu einer steigenden Zinsmarge (das ist die Spanne zwischen den Zinsen, die die Banken ihren Anlegern zahlen und den von ihnen vereinnahmten Kreditzinsen), die bei den meisten europäischen Banken über Jahrzehnte hinweg eine der wichtigsten Gewinnquellen war. Doch jetzt trüben schlechte Konjunkturaussichten, eine überbordende Staatsverschuldung und auch personelle Fragen schon wieder den Ausblick der meisten Banken.

Zur Personalfrage ist anzumerken, daß viele Banken inzwischen über eine Reihe von Mitarbeitern verfügen, die nach zehn Jahren Nullzinspolitik gar nichts anderes kennen. Das klassische Passiv-Bankgeschäft (also das mit den Geldanlegern) war in den vergangenen Jahren schließlich meistens stark rückläufig, weil viele Kunden in andere – oft aber auch risikoreichere – Anlageformen wechselten. Banker, „die in den letzten sieben Jahren hier in der Schweiz zu uns gekommen sind, haben noch nie in einem positiven Zinsumfeld für eine Bank gearbeitet“, merkte kürzlich UBS-Chef Ralph Hamers gegenüber der „Financial Times“ an.

Gleichzeitig lassen die schlechten Konjunkturaussichten und die überbordende Staatsverschuldung auch die Kreditrisiken der Banken wieder deutlich steigen. Hinzu kommt eine neue Konkurrenz in Form großer Technologieunternehmen wie Google, Apple und Amazon sowie einer Reihe sogenannter „Fintechs“, die in den letzten Jahren das grundsätzlich lukrative Geschäft der Kreditvergabe auch für sich entdeckten. Dort und im klassischen Bankensektor wird man in den nächsten Jahren aber wieder mit steigenden Kreditrisiken umgehen müssen. Deshalb dürfte sich die alte Regel wieder bewahrheiten, nach der die Erträge aus dem Kreditgeschäft während einer (wieder zu erwartenden) Rezession um die Hälfte einbrechen.

Vorsorglich haben die Europäische Zentralbank (EZB) und die Bank of England die ihnen untergeordneten Geschäftsbanken bereits schriftlich zu einem „harten“ Umgang mit notleidenden Krediten aufgefordert, damit die Branche insgesamt den angeblich „guten Ruf“, den sie während der Covid-Krise erarbeitet habe, nicht gefährde. Staatliche Hilfen für von den explodierenden Energiepreisen heftig getroffene Unternehmen (und damit auch deren Kredite) seien zwar nicht auszuschließen, doch der Bankensektor, so die beiden Zentralbanken, solle sich nicht darauf verlassen.

Mehr noch als vor eventuellen Kreditausfällen fürchten sich viele Bankmanager aber vor der politischen Verlockung, die wieder steigenden Zinsmarge-Gewinne des Kreditsektors für neue oder höhere Steuern zum Anlaß zu nehmen. In Spanien wird eine derartige Sondersteuer diskutiert, in Ungarn ist sie bereits beschlossen. Die polnische Regierung verhängte inzwischen ein Moratorium, mit dem von steigenden Kreditraten überforderte Hausbesitzer besonderen Schutz zugesprochen bekommen. Ohne den in Teilbereichen gewiß kritikwürdigen Kreditsektor an dieser Stelle reinwaschen zu wollen, bleibt doch festzustellen, daß die im weitesten Sinne politischen Gremien in Europa offenbar wieder einmal der alten Taktik verfallen, eigenes Versagen oder die Folgen daraus der Wirtschaft in Form zusätzlicher Steuern oder Auflagen anzulasten, diesmal insbesondere zu Lasten der Banken. Hätte es nicht das viel zu lange Festhalten der EZB unter ihrer Präsidentin Christine Lagarde (keine Ökonomin, sondern Juristin, ihr Spitzname lautet „Madame Inflation“) an der Nullzinspolitik gegeben, müßte jetzt wahrscheinlich nicht gegen die heftigste Inflation gekämpft werden, die dem europäischen Kontinent in den letzten fünf Jahrzehnten widerfuhr. (tb)

## 9 Zum „Filialsterben“ bei Banken und Sparkassen

Seit Jahren wird der deutsche Banken- und Sparkassenbereich von einem regelrechten „Filialsterben“ heimgesucht. Offiziell begründet wird dies mit der zunehmenden Automatisierung, tatsächlich dürfte dies nach Auffassung mancher kritischen Beobachter aber vor allem eine Folge abnehmender Beratungsleistungen sein.

Dabei wäre es verfehlt, dem deutschen Bankensektor hier eine Art von Interessellosigkeit vorzuwerfen. Tatsächlich ist es eine immer strengere Regulierung, die u.a. für den Kreditbereich derzeit in den „Basel III“-Richtlinien gipfelt. Diese Richtlinien verkennen – kurz und prägnant gesagt –, daß die mit jedem Kreditgeschäft untrennbar verbundene Risikobeurteilung, -handhabung und -transformation zu den jahrhundertealten Grundlagen des Bankgeschäftes gehörten und gehören. Es gibt ihn deshalb nicht mehr: den erfahrenen Bank-Kreditbearbeiter, der seinen guten Kunden auch in eher schlechter Zeit zur Seite steht. Er dürfte nämlich gar nicht mehr so agieren. Denn nach „Basel III“ sind mit eventuellen Zusatzrisiken belastete Hilfen gar nicht mehr statthaft. Wenn ein Kreditnehmer jetzt kränkelt, muß er – sinnbildlich gesprochen – mehr als früher fürchten, umgehend zum Schaffott geschleift zu werden. So werden zunächst vielleicht sogar gut gemeinte Regeln zu einem vieles verhindernden Geflecht.

Die Corona-Pandemie, der Ukrainekrieg und die vor allem aus einer gewissenlosen Geldpolitik resultierenden Rezessions- und Inflationsgefahren dürften in den kommenden Jahren noch bei vielen Bank- und Sparkassenkunden zu einem vorübergehend zusätzlichen Geldbedarf führen. Doch wie sollen die Bankberater helfen, wenn sie es oft gar nicht mehr dürfen? Und wenn kaum mehr in diesem Sinne beraten werden darf, braucht man dafür auch keine Geschäftsräume mehr. Das Filialsterben ist deshalb auch ein Resultat dieser Entwicklung. (tb)

## 10 Für Sie aufgelesen (bei Henry Kissinger):

„Korrupte Politiker sorgen dafür, daß die anderen 10 % schlecht aussehen.“

Herausgeber: Verlag Arbeit und Wirtschaft – Verlag und Versand – OHG, Postfach, D-78266 Büsingen. Bankverbindung: Sparkasse Engen-Gottmadingen DE11 6925 1445 0008 1044 40 (BIC: SOLADES1ENG). Verantwortliche Redakteure: Dipl.-Ök. Thomas Brüggemann (tb), Dr. Elke Hamer v.V. (eh).

Druck: Adam Prettenhofer GmbH & Co. KG, D-27324 Eystrup. Wir geben unsere Meldungen, Auskünfte und Empfehlungen nach bestem Wissen. Haftungsansprüche sind außer bei Vorsatz und grober Fahrlässigkeit ausgeschlossen und verjähren in 6 Monaten, nachdem von den sie begründenden Umständen Kenntnis erlangt wurde, spätestens aber in 3 Jahren.